

Grußwort des Ministerpräsidenten

Brandenburg verteidigt beschlossenen Zeitplan für Kohleausstieg

In seinem Grußwort zum Auftakt des diesjährigen Braunkohlentags Anfang Juni in Cottbus betonte Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke (SPD) vor gut 400 Gästen, dass eine planbare, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu den essenziellen Fundamenten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zählt. Für die Energieversorgung seien stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit unerlässlich. „Brandenburg hält deswegen am gesetzlich beschlossenen Kohleausstieg 2038 fest,“ sagte Woidke, das sei nicht nur gesamtgesellschaftlicher Konsens, sondern auch gesetzlich fixiert. „Wir brauchen Stabilität und Sicherheit, zumal unser Stromverbrauch weiter deutlich steigen wird,“ betonte der brandenburgische Ministerpräsident. Insofern sei es eine gute Nachricht, dass nunmehr auch für die ostdeutschen Reviere die beihilferechtlichen Genehmigungen für die Entschädigungszahlungen im Wesentlichen vorliegen. Das Geld werde dringend für die Rekultivierung und Sanierung, für sozialverträgliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigten, aber auch für Investitionen in erneuerbare Energien und Speichertechnologien gebraucht. Die Lausitz bleibe eine Energie- und Industrieregion, erklärte der Ministerpräsident.

Woidke erinnerte an den Abschluss des Berichts der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, der sogenannten Kohlekommission, im Jahr 2019. Dieser dämpfte die Angst vor Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung in den Revieren. Die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen versuchten, der Bevölkerung und den Betroffenen den gefundenen Kohlekompromiss zu erklären. Der Plan zum Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland ist ein gesamtgesellschaftlicher Konsens, sagte Woidke. Alle Bedenken wurden berücksichtigt und die Empfehlung der Kommission, in Stufen bis 2038 aus der Kohle auszusteigen, zeige, was in Deutschland möglich ist, ohne die Energiesicherheit, die Wirtschaft und die Arbeitnehmer zu stark zu belasten. Der gefundene Kompromiss sei ein Zeichen dafür, „wie wir in unserem Land mit schwierigen Problemen umgehen können,“ erklärte der brandenburgische Ministerpräsident. Dass der Kompromiss zwischenzeitlich in Frage gestellt werde, habe erneut und überflüssigerweise Unsicherheit in die Region und in die Reviere zurückgebracht.

Mit dem Strukturstärkungsgesetz wurde viel erreicht. Die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen werden nach den Worten Woidkes ihr Versprechen einhalten, bis zum vollständigen Ausstieg aus der Kohle in der Lausitz eine hohe Zahl von Industrie- arbeitsplätzen zu erhalten oder neu zu schaffen. Es sei ein großer gemeinsamer Erfolg, Geld in die Region zu bringen, Struktur zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

„Wir brauchen Stabilität und Sicherheit.“

DR. DIETMAR WOIDKE,
MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BRANDENBURG



Dr. Dietmar Woidke

Woidke kritisierte, dass es der Bundesregierung nicht gelänge, die gesetzlich vorgeschriebenen regelmäßigen Prüfpunkte für eine Bilanz des Strukturwandels zu nutzen. Alle Betroffenen hätten einen Anspruch darauf, zu wissen, ob der Strukturwandel erfolgreich läuft und die Energieversorgungssicherheit gewährleistet bleibt, meinte der Ministerpräsident. Woidke forderte eine positive beihilferechtliche Entscheidung auch für die Beihilfen zum Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke. Nur so werde es Investitionsbereitschaft geben. Er warnte zugleich davor, die Abhängigkeit von Energieimporten und speziell bei Wasserstoff weiter zu erhöhen.

Woidke bekräftigte die Gültigkeit des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes und appellierte an alle, sich an geltendes Recht zu halten. Die Braunkohle bleibe weiter die Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren. Dies gelte auch in Brandenburg, dem Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland.

DEBRIV-Vorstand

Unternehmen übernehmen Verantwortung für Sicherheit und Transformation

„Wir entwickeln unsere Standorte weiter.“

DR. PHILIPP NELLESSEN
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

Dr. Philipp Nellessen, der anlässlich des Braunkohlentags für weitere drei Jahre gewählte Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, hob hervor, dass alle DEBRIV-Mitgliedsunternehmen den Kohleausstieg konsequent umsetzen und gleichzeitig mehrere Milliarden Euro in neue Erneuerbare-Energien-Anlagen, Stromspeicher und wasserstofffähige Kraftwerke investieren. „Wir warten nicht darauf, dass jemand die Transformation für uns erledigt, sondern entwickeln unsere Standorte weiter, so dass sie Basis für eine nachhaltige Wertschöpfung werden. Wir brauchen allerdings die uns dafür zugestandene Zeit, auch um keine Zweifel an der Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland aufkommen zu lassen.“

Insgesamt sind in den deutschen Braunkohlerevieren derzeit Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 376 Megawatt installiert, berichtete Nellessen. Bis 2030 planen die Unternehmen Erzeugungskapazitäten von etwa 10 000 Megawatt sowie mehrere Gigawatt wasserstofffähige Gaskraftwerke und Stromspeicher. Parallel zum Ausbau der Erneuerbaren Energien ging die Produktion und Verstromung von Braunkohle im vergangenen Jahr planmäßig zurück. Die Gewinnung von Braunkohle erreichte 2023 eine Höhe von rund 102 Millionen Tonnen, knapp ein Viertel weniger als im Jahr zuvor.

Trotz einer gewissen Normalisierung sind die Strompreise in Deutschland international nicht wettbewerbsfähig, stellte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende fest. Das liege vornehmlich am großen Anteil staatlicher Abgaben sowie den hohen Notierungen für Emissionszertifikate. Von der Braunkohle gehe weiterhin ein positiver Einfluss auf die Strompreise aus, wie sich in den beiden zurückliegenden Wintern deutlich gezeigt habe. Es wurden, wie gefordert, zusätzliche Kraftwerksblöcke ans Netz gebracht und zusätzlicher Strom produziert. Die Erhöhung der Erzeugungskapazität um 3,1 Gigawatt (GW) im Rheinland und in der Lausitz hat die Sicherheit der Stromversorgung verbessert und dämpfend auf die Strompreise gewirkt. Nellessen sprach allen Mitarbeitern seinen Dank dafür aus, dass die ausgewählten Blöcke in kurzer Zeit ans Netz gingen und sicher sowie verlässlich Strom produzierten. „Trotz der befristeten Wiederinbetriebnahme ausgewählter Kraftwerksblöcke beschreiten wir weiter den Weg des fixierten Kohleausstiegs“, erklärte Nellessen. Die Energiekrise der Jahre 2022 und 2023 war nur eine kurze Phase. Jetzt schreite der Weg des Kohleausstiegs, so wie er gesetzlich fixiert ist, weiter.

Im Rheinischen Revier hat eine neue Leitentscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung wichtige Weichenstellungen bestätigt. Die Tagebaue Inden und Hambach werden noch bis Ende 2029 produzieren, der Tagebau Garzweiler bis 2030. Die Planungen zur Wiedernutzbarmachung der Tagebauflächen des Reviers wurden ebenfalls bestätigt. Die Änderung der Braunkohlenpläne für Hambach und Garzweiler sowie das Genehmigungsverfahren für die 40 Kilometer lange Rheinwassertransportleitung nach Hambach und Garzweiler einschließlich der Versorgung der Feuchtgebiete mache gute Fortschritte.



Download
Pressemitteilung des DEBRIV
<https://braunkohle.de/braunkohlentag-2024-wir-warten-nicht-darauf-dass-jemand-die-transformation-fuer-uns-erledigt/>

Bei der MIBRAG werden über die Tagebaue Schleenhain und Profen noch bis zur Mitte der 2030er-Jahre die Kraftwerke Schkopau (Sachsen-Anhalt), Lippendorf (Sachsen), Wählitz (Sachsen-Anhalt) sowie diverse Industriebetriebe zuverlässig mit Kohle versorgt. Im vergangenen Jahr stand erneut der Abbauwechsel in beiden Tagebauen auf der Agenda. Bei der ROMONTA GmbH in Amsdorf (Sachsen-Anhalt) erfolgt die Produktion von Montanwachs wieder in gewohntem Umfang und das neue Ersatzbrennstoffkraftwerk ist fast fertiggestellt.

Die LEAG hat Ende des vergangenen Jahres den aktiven Betrieb im Tagebau Jänschwalde beendet. Hier wurden, wie Nellessen berichtete, in den zurückliegenden 54 Jahren insgesamt 660 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Damit gehe ein Stück Lausitzer Industriegeschichte zu Ende und es beginne jetzt die Wiedernutzbarmachung. Beim Cottbusser Ostsee bildete sich erstmals eine durchgehende Seefläche, damit ist der See ungefähr zur Hälfte gefüllt. Die LMBV verwaltet derzeit noch 75.000 Hektar unter Bergrecht. Große Erdbewegungen sind jedoch weitgehend abgeschlossen, dennoch liegen noch viele Aufgaben vor dem Unternehmen, was für die betroffenen Regionen auch mit positiven Arbeitsplatzeffekten verbunden sei. Aktuell bilde die Zugänglichkeit und Qualität der Seen und Gewässer einen Arbeitsschwerpunkt.

Von zentraler Bedeutung für die bergbautreibenden DEBRIV-Mitgliedsunternehmen ist die Transformation der Reviere. Viele wieder nutzbar gemachte Flächen eignen sich in besonderem Maße für zukünftige Energieprojekte. Die zurückgewonnenen Flächen gelten als weitgehend konfliktfrei, alle vorhandenen Kraftwerksstandorte sind für die Energieerzeugung oder -speicherung geeignet und die Netzinfrastruktur ist vorhanden. „Wir haben auch die Fachkräfte, die sich mit Energieerzeugung auskennen“, sagte Nellessen.

Im Rheinischen Revier errichtete RWE bereits Solar- und Windanlagen mit einer Kapazität von 280 Megawatt (MW), bis 2030 soll diese Zahl auf 500 MW steigen. Hinzu kommen weitere Projekte wie Batteriespeicher und Tiefengeothermie. Nicht mehr benötigte Flächen werden zusammen mit den Kommunen weiterentwickelt. Es entstehen neue Standorte für Industrie und Gewerbe mit starken Beschäftigungseffekten.

Die MIBRAG Energy Group richtet sich im Mitteldeutschen Revier auf vier Geschäftsfelder mit Wachstumspotenzial und Beschäftigungsperspektiven für unterschiedliche Berufsgruppen in den Bereichen Energie, Recycling und Verwertung, Dienstleistungen und Industrielösungen aus. Im Rahmen ihrer Transformation nahm die MIBRAG im September 2023 den PV-Park Peres II mit 32 MW Leistung in Betrieb. In Profen plant sie ein Kompetenzzentrum für Schienenfahrzeugtechnik und Logistik.

Die LEAG plant im Lausitzer Revier sieben Gigawatt erneuerbare Energien, drei Gigawatt wasserstofffähige Gaskraftwerke, zwei Gigawatt Speicher sowie 500 MW grüne Wasserstoffherzeugung. Der Ausbau dieser Kapazitäten soll bis 2030 und darüber hinaus stark



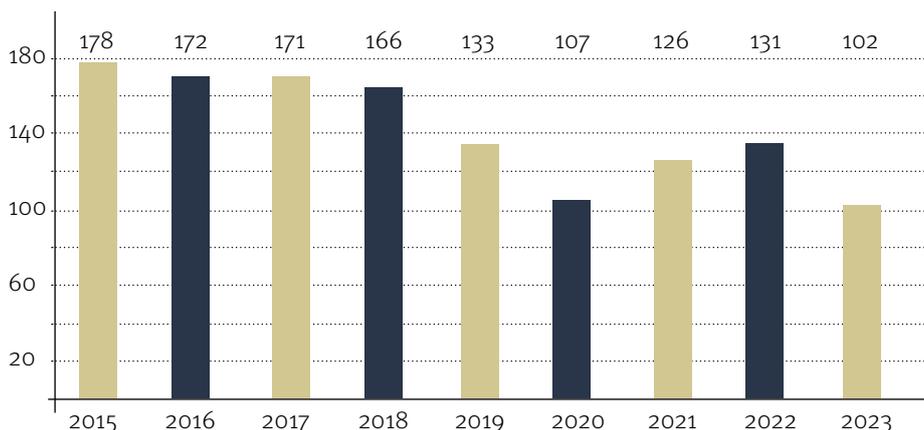
Dr. Philipp Nellessen



Download
Rede des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2024/06/2024-06-04_Rede_Dr-Nellessen_BKT-2024.pdf

Entwicklung der Braunkohleförderung in Deutschland 2015-2023 in Millionen Tonnen (Mio. t). Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.

Mio. t



„Wir brauchen dringend eine verlässliche Kraftwerksstrategie.“

DR. PHILIPP NELLESSEN
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

beschleunigt werden. Hinzu kommen bei der LEAG Beschäftigungsperspektiven bei den Schienenfahrzeugen, der sekundären Rohstoffverwertung sowie der Umstellung des unternehmenseigenen Kohlehandels auf Holzprodukte. Weitere Kompetenzen, wie die bergfachliche Planung, werden bereits auf dem internationalen Markt nachgefragt.

Um die bisherigen Kraftwerksstandorte für neue Anlagen und Funktionen zu nutzen, braucht es nach den Worten Nellessens dringend eine verlässliche Kraftwerksstrategie des Bundes und Regelungen für die Ausschreibung für Gaskraftwerke, „auf die wir uns bewerben können.“ Ohne Ausschreibung seien keine Investitionsentscheidung möglich.

Er rechne mittel- und langfristig mit einer steigenden Stromnachfrage. Darüber dürfe der aktuell niedrige Energie- und Stromverbrauch nicht hinwegtäuschen. Da Strom aus erneuerbaren Energien sowohl mengen- wie preisvolatil ist, sind Speicher, eine Flexibilisierung der Nachfrage und der Ausbau der Stromnetze unverzichtbar. Der Kohleausstieg sei klar fixiert. Jetzt müsse daran gearbeitet werden, dass er funktioniere, indem für Alternativen und Lösungen gesorgt wird.

Regionale Entwicklung

Lausitz soll Region der Energieerzeugung bleiben

Die Landesregierung von Brandenburg geht davon aus, dass die Lausitz eine Energieerzeugungsregion bleibt. Das sei auch der Anspruch der LEAG als führendem regionalen Energieunternehmen. Die Erwartung der Region und die Erwartungen der Landesregierung seien diesbezüglich deckungsgleich, erklärte der brandenburgische Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie, Prof. Jörg Steinbach (SPD), auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Cottbus. Für diese Erwartung gebe es eine Reihe von Parametern, die es einzuhalten oder zu erreichen gelte, erklärte Steinbach. Die Region müsse auch in Zukunft Versorgungssicherheit liefern und zu „erschwinglichen“ Strompreisen beitragen. Die Landesregierung sei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur bisherigen Finanzierung der Netzentgelte besorgt über die weitere Entwicklung der inländischen Industriestrompreise. Deutschland und speziell Brandenburg brauchen eine wettbewerbsfähige Grundstoffindustrie. Die absehbar hohen Kosten für neue Gaskraftwerke und den Netzausbau könnten die Transformation der Energieversorgung in Deutschland verlangsamen. Steinbach wies darauf hin, dass die niedrigen Energiepreise in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten Investitionen in die Energiewende verzögerten. Er kritisierte zudem den Verzug bei der Vorlage der nationalen Kraftwerksstrategie. Gleichzeitig zeigte Steinbach aber auch Verständnis für das Bedürfnis der EU-Kommission, nationale staatliche Beihilfen nur rechtssicher und diskriminierungsfrei zu genehmigen. Aus diesen Gründen zog sich die Genehmigung der Ausgleichszahlungen an die LEAG für die Wiedernutzbarmachung, die Anpassungsgelder und die entgangenen Gewinne länger als erwartet hin.

In der sich an den Vortrag anschließenden Talk-Runde wies der Bundestagsabgeordnete Lars Rohwer (CDU) auf die Verknappung des Energieangebots in Deutschland hin. Dies habe auch Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, zumal es beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht schnell genug vorangehe. Es müsse deshalb beim Ausstiegsdatum 2038 für die Beendigung der Kohleverstromung im Osten bleiben und alle weiteren Diskussionen über ein Vorziehen des Kohleausstiegs unterbleiben. Durch die bisherige Diskussion seien bereits mehr als zwei Jahre verlorengegangen. Rohwer sprach sich dafür aus, die Versorgungssicherheit weiterhin als Unternehmensaufgabe und nicht als Aufgabe des Staats zu begreifen. Kritik übte der Abgeordnete an der schleppenden Arbeit der Bundesregierung an einer Speicherstrategie. Für die IGBCE-Landesbezirksleiterin Nordost, Stephanie Albrecht-Suliak, bleibt Braunkohle eine günstige und verlässliche Energiequelle und als heimischer Energieträger eine wichtige Wertschöpfungsquelle. Die Braunkohle habe bis weit in die 2030er-Jahre eine Marktperspektive. Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellessen bezeichnete in der Diskussionsrunde die Verzögerung der Kraftwerksstrategie als „schlecht“. Kein Unternehmen könne Entscheidungen ohne klare Rahmenbedingungen fällen. Man müsse bedenken, dass ein neues Gaskraftwerk etwa 800 Million Euro koste und außerdem die Voraussetzungen für den Betrieb und die



Prof. Jörg Steinbach



Lars Rohwer MdB

Versorgung mit Wasserstoff ab 2035 gesichert werden müsse. Steinbach regte an, über Alternativen zu neuen Gaskraftwerken nachzudenken. Man könne auch große Erneuerbare-Energien-Anlagen zusammenschalten und durch Speicher grundlastfähig machen. In Brandenburg sei das Potential für acht bis zehn solcher Anlagen vorhanden. Zwei solcher Projekte gibt es bereits in Brandenburg. Nellessen sicherte zu, dass sein Unternehmen bis 2038 Strom aus Braunkohle produzieren wolle. Die gemäß Ausstiegsplan betriebsbereiten Kraftwerke würden bis zum letzten Tag lauffähig gehalten. Albrecht-Suliak verwies abschließend auf die demografische Entwicklung. Ältere Menschen müssten sich auf die Beschlüsse zum Kohleausstieg und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes verlassen können und jüngere Menschen unbedingt in der Region gehalten werden.

Industrie

Energieintensive Unternehmen im Fokus

Die deutsche Industrie ist verhältnismäßig gut durch die jüngste Energiekrise gekommen, erklärte Dr. Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), auf dem Braunkohlentag 2024. Immer deutlicher träten jetzt aber die Strukturprobleme hervor, sagte Rolle. Viele Unternehmen fragten sich, wie sie erfolgreich durch die nächste Dekade kommen. Derzeit erwirtschaftet die deutsche Industrie noch 20 Prozent der wirtschaftlichen Gesamtleistung Deutschlands. Das Land solle auch in Zukunft ein Industrieland bleiben. Gegenüber dem Ausland hat sich nach Ansicht von Rolle jedoch vieles eingetrübt. Das betreffe nicht nur die Energiekosten. Zu nennen ist die Steuerbelastung von Unternehmen, die beispielsweise im benachbarten Polen weniger als die Hälfte beträgt. Der Fachkräftemangel vergrößere sich stetig und sei eigentlich ein Arbeitskräftemangel, sagte Rolle. Große Sorgen bereiteten Genehmigungs- und Berichtspflichten. Rolle zeigte auf, dass sich die energieintensiven Betriebe anders und deutlich negativer entwickeln als die gewerbliche Wirtschaft insgesamt. Hohe Energiepreise haben bei ihnen zu großen Produktionseinbrüchen geführt. Energieintensive Unternehmen schrumpfen, weil Re-Investitionen in den Kapitalstock unterbleiben. Positiv bewertete der BDI-Vertreter die Energieversorgungssicherheit in Deutschland. Dennoch müssen Sicherheit und Preise in Deutschland besser ausbalanciert werden. Im internationalen Wettbewerb können nur Unternehmen bestehen, die vom befristeten Spitzenausgleich bei den Strompreisen profitieren. Investitionsentscheidungen hängen jedoch von längerfristigen Perspektiven ab. Für die große Mehrzahl der Industriebetriebe in Deutschland bleiben die Stromkosten kurz- und längerfristig deutlich über denen der Wettbewerber im Ausland.

In der anschließenden Gesprächsrunde forderte Dr. Maren Jasper-Winter, Leiterin Public Affairs der LEAG, deutlich verlässlichere Rahmenbedingungen durch Bund und Länder. Investitionen in Energiespeicherung und wasserstofffähige Gaskraftwerke brauchen Unterstützung. Sybille Weidner, Direktorin Kommunikation und Unternehmensorganisation bei der MIBRAG, führte als Beispiel die zähe Genehmigung einer 90-Megawatt Wasserstoffherstellungsanlage an. Man hoffe auch bei der Wasserstoffnutzung auf das angekündigte Beschleunigungsgesetz des Bundes. Rolle wies daraufhin, dass auch viele andere Länder Transformationsprozesse durchlaufen oder anstießen, teilweise jedoch unter anderen Voraussetzungen und mit höherem Tempo. Deutschland, so Rolle, war nie das Land mit den geringsten Energiekosten, dafür gäbe es andere Standortvorteile. Aber diese Balance stimme wegen des Fachkräftemangels und langen Genehmigungszeiten nicht mehr, deshalb werde verstärkt an anderen Standorten investiert.

Für Jasper-Winter sind die Ausschreibungskriterien für neue Gaskraftwerke ein drängendes Problem für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es müsse ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Ausschreibungen sichergestellt werden. Einzelne Regionen dürfen weder bevorteilt noch benachteiligt werden. Man benötige 17 bis 20 Gigawatt Erzeugungskapazität im Markt, um das Stromsystem sicher zu machen. Die LEAG habe Vorbereitungen für Lippendorf (Sachsen), Schwarze Pumpe (Brandenburg) und Leipheim (Bayern) geschaffen. Genehmigungen seien eingeholt worden, Herstellungskapazitäten gesichert. Aber die Errichtung eines Kraftwerks dauere mindestens 40 Monate.



Dr. Carsten Rolle

**„Die Strukturprobleme
treten immer
deutlicher hervor.“**

**DR. CARSTEN ROLLE
BUNDESVERBAND
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE**



Sybille Weidner

„Wiedernutzbarmachung ist ein wichtiges Zukunftsthema.“

DR. MICHAEL HAUBOLD-ROSAR
FIB-FORSCHUNGSINSTITUT



Dr. Michael Haubold-Rosar

Henrik Wende von RockTech Lithium in Guben (Spree-Neiße) berichtete über die Planungen für einen Lithium-Hydroxid-Konverter, der künftig 24.000 Tonnen batteriefähiges Lithium-Hydroxid pro Jahr aus lithiumhaltigem Hartgestein herstellen soll. Bislang wird dieser Grundstoff der Batterieproduktion zu 80 Prozent importiert, vor allem aus China. „Diesen Baustein der Wertschöpfungskette in der Elektromobilität brauchen wir hier,“ sagte Wende und konnte die Inbetriebnahme der Anlage nach einer zweijährigen Genehmigungsphase für Ende 2026 ankündigen. Es sei ein besonders nachhaltiger Betrieb und eine vollkontinuierliche Produktion mit 160 bis 180 Mitarbeitern geplant.

Wiedernutzbarmachung

Zukunftsthema mit jahrzehntelangen Erfahrungen

Die Wiedernutzbarmachung bergbaulicher Flächen ist ein wichtiges Zukunftsthema, werde aber seit Jahrzehnten betrieben und könne auf reiche Erfahrungen zurückblicken, erklärte Dr. Michael Haubold-Rosar, Direktor des FIB-Forschungsinstituts für Bergbaufolgelandschaften e.V. Finsterwalde auf dem Braunkohletag 2024 in Cottbus. Braunkohletagebau verursachen tiefgreifende Landschaftseingriffe mit weitreichenden Auswirkungen auf die Grundwasserhaushalte, Flora und Fauna. Sie wirken sich auf die vor Ort ansässige Bevölkerung und Wirtschaft aus. Der Braunkohlebergbau erfasse zwar nur 0,5 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands, in den Bergbauregionen bestehe jedoch ein starker Einfluss auf den Landschaftsraum. Es existiert deshalb ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens, dass Bergbauflächen wieder nutzbar gemacht werden müssen. Dies ist zudem gesetzlich geregelt. Die Flächenbilanz der Lausitz zeigt, so Haubold-Rosar, in der Bergbaufolgelandschaft überwiegend Waldflächen und einen hohen Anteil von Wasserflächen. Noch deutlich mehr Seeflächen entstehen im Verhältnis zur Fläche im Mitteldeutschen Revier, während im Rheinland vor allem wertvolle Ackerflächen wiederhergestellt werden.

Die konkreten Aufgaben der Wiedernutzbarmachung, so führt Haubold-Rosar aus, reichen von der Gestaltung der Oberflächen und Gewässer sowie der geotechnischen Sicherungen bis zu Infrastrukturmaßnahmen wie den Wege- und Straßenbau. Bei der Wiederherstellung der Böden gälte es vorrangig wertvolle Kippsubstrate zu gewinnen, um nachfolgende Nutzungsmöglichkeiten offen und vielfältig zu gestalten. Das Lausitzer und Mitteldeutsche Revier verfügen über eine sehr große Vielfalt von Kippsubstraten und Böden. Die Böden werden nach Hauptmerkmalen klassifiziert und kartiert. Diese Karten dienen den Unternehmen als Grundlage zum Kalken und Düngen der Flächen, für die Fruchtfolge der anschließenden Renaturierung und natürlich zur Baumartenwahl. Für die landwirtschaftliche Rekultivierung bevorzugen die Unternehmen Pflanzen, die zunächst mit den schwierigen Standortbedingungen gut zurechtkommen und die Böden verbessern.

Das Ziel der ersten Phase der forstlichen Rekultivierung ist eine gesicherte Kultur nach den Vorgaben des Bundeswaldgesetzes. Im weiteren Verlauf überführen die Unternehmen die Kulturen in eine reguläre forstliche Nachnutzung. Es sollen produktive, resiliente und nachhaltige Waldbestände ausgebildet werden. Ein erhöhter Anteil an Laubhölzern, der seit den 1990er-Jahren üblich ist, sorgt für multifunktionale und stabilere Wälder. Diese leisten einen erheblichen Beitrag zur Bindung von Kohlenstoff in der Bergbaufolgelandschaft. Auch das Waldwachstum auf den Kippen ist viel besser als ihr Ruf, erläutert Haubold-Rosar. Die großen und störungsarmen Flächen aber auch Standortbesonderheiten führen beispielsweise in den ostdeutschen Revieren zu einer einzigartigen Standort- und Biotopvielfalt und Entwicklungsdynamik. Es gibt oder es entstehen viele Biotoptypen, die in der normalen Kulturlandschaft nicht mehr auftreten. Das ist auch ein Grund, warum in den Bergbaufolgezonen des Mitteldeutschen und Lausitzer Reviers 28 FFH-Gebiete, 17 Vogelschutzgebiete und 33 sonstige Naturschutzgebiete zu finden sind.

In allen deutschen Revieren entstand ein umfangreiches technologisches und wissenschaftliches Knowhow zur Wiedernutzbarmachung. Auf dieser Grundlage entwickeln die Unternehmen mittel- bis langfristig tragfähige land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen sowie eine vielfältige Landschaft mit hochwertigen Naturbereichen. Diese Flächen

schaffen gute Bedingungen für die Bioökonomie sowie den Tourismus. Bereits heute, so betont Haubold-Rosar, werden Aspekte des Klimaschutzes und des Klimawandels in die Prozesse der Wiedernutzbarmachung einbezogen. Langfristiges Landschaftsmonitoring ist ein wichtiges Element der Erfolgskontrolle und der Gestaltung des Landschaftsbildes.

Prof. Carsten Drebenstedt von der Technischen Universität Freiberg verwies in der anschließenden Diskussion auf die Rolle und Funktion der Tagebaugroßgeräte bei der Wiedernutzbarmachung. Diese würden benötigt, um die Flächen entsprechend den zukünftigen Nutzungsansprüchen zu gestalten. Jörg Schlenstedt, Fachreferent Bergbau-sanierung/Ökologie bei der LMBV, berichtete über die Herausforderungen mit den vielfach ungeordneten Bodenverhältnissen nach dem Ende des Braunkohleabbaus in der DDR. Dies zeige, dass bei größeren Landschaftseingriffen eine langfristige Planungssicherheit erforderlich ist. Schlenstedt verwies auf die in den 1990er-Jahren auf Bundesinitiative hin erfolgte Grundlagenforschung. In Deutschland sei eine große Expertise beim Thema Wiedernutzbarmachung entstanden.

Im Rheinland werden im Rahmen der Rekultivierung vorrangig die ursprünglich mächtigen Lößböden wiederhergestellt. Wie Isabelle Reinhard, Referentin Qualitätsmanagement Rekultivierung bei RWE Power erläuterte, erfolgt zur Wiedernutzbarmachung der Flächen ein Lößauftrag von zwei Metern Mächtigkeit. Dieser wird nach einer mehrmonatigen natürlichen Setzung mit geringem Druck planiert. Anschließend beginnt die Aussaat von Rekultivierungspflanzen, vor allem der tiefwurzelnden Luzerne. Nach dreijährigem Anbau folgt eine Getreidekultur und anschließend eine natürliche Fruchtfolge. Übergeordnetes Ziel der Rekultivierung im Rheinland sei ebenfalls eine multifunktionale Landschaft.

Strukturwandel

Veränderung muss schnell sichtbar werden

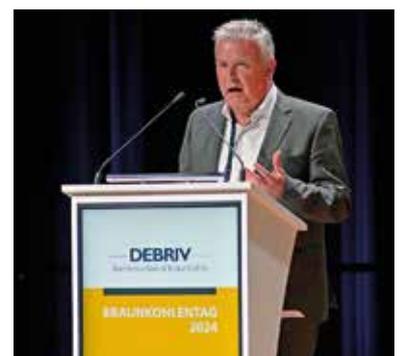
Für den Lausitz-Beauftragten des brandenburgischen Ministerpräsidenten, Dr. Klaus Freytag, durchläuft die Lausitz seit über 30 Jahren einen strukturellen Wandel. Die Lausitz sei eine Region, die sich neu aufgerichtet hat und heute davon profitiert. Auch Freytag betonte beim diesjährigen Braunkohlentag in Cottbus, dass die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen am Kohleausstieg 2038 festhalten. Es gäbe dabei eine Nord-Süd-Bewegung beim Auslaufen des Lausitzer Braunkohlebergbaus. Im brandenburgischen Teil des Reviers gehe um das Jahr 2030 eine mehr als hundertjährige bergmännische Tradition zu Ende. Der Freistaat Sachsen wird mit den Tagebauen Nochten und Reichwalde diese Tradition bis Ende 2038 geordnet zu Ende bringen.

Freytag erinnerte an die Verabschiedung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes sowie an das Strukturstärkungsgesetz im August 2020. Das Volumen für den finanziellen Aufwand des Kohleausstiegs wurde im Rahmen einer Bund-Länder-Vereinbarung auf 40 Milliarden Euro festgelegt. Es folgte die Erarbeitung eines Länderprogramms für den brandenburgischen Teil des Reviers und eine Förderrichtlinie. „Damit hatten wir die Tools, um eine erfolgreiche Transformation verwirklichen zu können,“ sagte Freytag. Für das Lausitzer Revier wurden insgesamt 17 Milliarden Euro bereitgestellt. Dieses Geld steht sicher bis 2038 zur Verfügung und wird durch ein Gemeinschaftsunternehmen des Landes und der Region eingesetzt. Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) hat in nur vier Jahren 73 regionale Projekte an den Start gebracht. Dazu zählt als Leuchtturmprojekt das Bahnwerk Cottbus. Im Rahmen dieses Projekts konnte die Ausbildungswerkstatt der LEAG in Jänschwalde an den DB-Standort Cottbus umgesetzt und fortgeführt werden. Zu den überregional sichtbaren Projekten gehören außerdem die Medizinische Universität Lausitz Carl Thiem und der Lausitz Science Park. „Wir brauchen für die Umsetzung den gesamten Zeitraum bis 2038,“ erklärte Freytag. Ein früherer Ausstieg aus der Kohle sei in der Lausitz nicht möglich. Aktuell gebe es noch knapp 6 000 Arbeitsplätze im Bergbau. Dem ständen jetzt mehrere Tausend Beschäftigungen in neuen Bereichen gegenüber.

Auch im sächsischen Teil des Lausitzer Reviers verlaufe der Strukturwandel sehr zufriedenstellend, sagte Jörg Huntemann vom Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung. Es seien bisher Förderbescheide mit einem Volumen von rund einer



*Dr. Michael Haubold-Rosar und
Isabelle Reinhard*



Dr. Klaus Freytag



Jörg Huntemann, Jörg Waniek,
Tobias Schick und Dr. Klaus Freytag
(von links)

Milliarde Euro ausgegeben worden. Es handele sich um viele kleinteilige Projekte für mehr Lebensqualität. Die Ergebnisse, so Huntemann, werden jetzt sichtbar und kommen in der Region gut an. Jörg Waniek, Personalvorstand und Arbeitsdirektor der LEAG, nimmt verstärkt den Zusammenhalt der Region wahr. Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Transparenz prägten den aktuellen Strukturwandel. Dazu tragen auch der 2020 abgeschlossene Tarifvertrag der LEAG als Signal für die älteren Beschäftigten wie auch die Investitionen in Bildung und Qualifikation für die Jüngeren bei, sagte Waniek. Der Oberbürgermeister von Cottbus, Tobias Schick (SPD), lobte die Kooperation von Stadt und Landkreisen und wies auf die steigenden Aufgaben für die Verwaltungen und den Bedarf an Fachkräften hin.

DEBRIV

Neuwahl des Vorstands

Anlässlich des diesjährigen Braunkohlentages in Cottbus fanden turnusmäßige Wahlen zum Vorstand statt. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellesen (LEAG) wurde in dieser Funktion für eine weitere Wahlperiode wiedergewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden Dr. Lars Kulik (RWE Power AG) als stellvertretender Vorsitzender des Vorstands sowie Dr. Frank Weigand (RWE Power AG) als Schatzmeister. Im Vorstand folgte Christian Jäschke auf Frau Rena Eichardt (beide Romonta).

LMBV

Neuer kaufmännischer Geschäftsführer

Torsten Safarik hat seine Tätigkeit als neuer kaufmännischer Geschäftsführer bei der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungs-gesellschaft mbh (LMBV) aufgenommen. Der 58jährige Verwaltungsexperte folgt auf Gunnar John, der Ende April 2024 in den Ruhestand getreten ist. Gemeinsam mit dem technischen Geschäftsführer Bernd Sablotny leitet Safarik nun den Bergbausanierer LMBV.

1965 in Görlitz geboren, studierte Safarik Mathematik an der Technischen Universität Dresden. Nach Stationen in der Regionalentwicklung und im Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen war er von 1999 bis 2006 im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie tätig. Nach verschiedenen Stationen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wurde Safarik 2019 zum Präsidenten im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle berufen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erklärte, Torsten Safarik habe mehr als fünf Jahre überaus erfolgreich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) geleitet. In seine Amtszeit fielen große wirtschaftspolitische und energiepolitische Herausforderungen, für die er das Bundesamt ausgezeichnet aufgestellt hat. Ein wichtiger Meilenstein während seiner Präsidentschaft war die Gründung und der Aufbau von zwei neuen Abteilungen an zwei neuen Standorten mit insgesamt über 400 Beschäftigten im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier zur Strukturstärkung der von dem Ausstieg aus der Kohleverstromung besonders betroffenen Regionen. Dies führte zu einem Wachstum des BAFA von 860 Beschäftigten im Jahr 2019 auf aktuell 1.250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es sei sehr erfreulich, dass die Bundesregierung Torsten Safarik als neuen Geschäftsführer der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft benannt habe. Als erfahrener Behördenleiter sei er auf seine neue Herausforderung bestens vorbereitet.

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft ist maßgeblich zuständig, die Sanierungsmaßnahmen in den Braunkohleregionen der Lausitz und Mitteldeutschlands zu gestalten und voranzutreiben.



Download LMBV Pressemitteilung
<https://www.lmbv.de/torsten-safarik-ist-neuer-kaufmaennischer-geschaefsfuehrer-der-lmbv/>

Download Pressemitteilung des BMWK
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/06/20240626-bundesminister-habeck-dankt-torsten-safarik-fuer-seinen-einsatz-beim-bundesamt-fuer-wirtschaft-und-ausfuhrkontrolle.html>

IMPRESSUM

Herausgeber

DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin
Dr. Thorsten Diercks
t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de

 DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 05.07.2024
Druckauflage: 3.000 Exemplare